

Wahlprüfsteine

**der planenden Berufe für die
Kommunal- und Landtagswahlen
in Bremen und Bremerhaven 2019**

Bremen, im Januar 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt ist noch nicht fertig gebaut – selten erfuhr diese Einsicht einen so breiten Konsens wie aktuell. Das gilt gleichermaßen für den bürgerschaftlichen Dialog, für die politische Agenda und natürlich für die an der „Wertschöpfungskette Bau“ beteiligten Berufsstände wie uns, die Planerschaft. Die anstehenden Wahlen für den Landtag unseres 2-Städte-Staats haben wir, die Planerinnen und Planer Bremens und Bremerhavens zum Anlass genommen, insgesamt 11 Kernaufgaben für eine „gute“ Baupolitik zu formulieren. Die Lektüre macht deutlich: Es geht nicht nur um Kernthemen des Planen und Bauens, um bestimmte Gebäudetypologien, einzelne Qualitäten von Räumen und Bauwerken oder konkrete Nutzungen - vielmehr gewinnt der Bedarf an funktionierenden Rahmenbedingungen immer größere Bedeutung für das Gelingen einer guten Planung und Realisierung.

Nachfolgend finden Sie die von Bremer Architektinnen und Architekten, Stadtplanerinnen und Stadtplanern sowie Ingenieurinnen und Ingenieuren aller Fachrichtungen formulierten Wahlprüfsteine. Wir bitten Sie einerseits, diese sorgsam zu lesen – verbunden mit dem Angebot, sich diese gerne in der anstehenden Konkurrenz um Wählerstimmen zu Eigen zu machen und möglichst in die Verhandlungen für ein Regierungsprogramm aufzunehmen. Andererseits bitten wir Sie, unsere Fragen zu Ihren ganz konkreten Angeboten an die Wählerschaft zu beantworten.

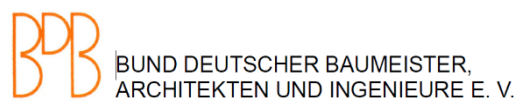
Die Synopse der eingegangenen Antworten wird den Mitgliedern aller unterzeichnender Organisationen zur Verfügung gestellt, dient als Überblick über die mögliche Ausrichtung der Politik in den Jahren 2019 bis 2023 und vielleicht auch als konkrete Entscheidungshilfe am Wahltag. Vielen Dank vorab für Ihre Mitwirkung. Bei Fragen, Anregungen oder persönlichem Gesprächsbedarf melden Sie sich gerne!

**Die Präsidenten, Vorsitzenden und
Sprecherinnen/Sprecher der für Bremen
und Bremerhaven relevanten Planerinstitutionen.**

architekten|kammer
der freien hansestadt bremen

ingenieur|kammer
der freien hansestadt bremen

Bund Deutscher Architekten **BDA**
BDA im Lande Bremen



Kontakt:

Architektenkammer Bremen/
Ingenieurkammer Bremen
Geeren 41/43
28195 Bremen
info@akhb.de / info@ikhb.de

1. Stadtentwicklung als integrierte Politikaufgabe weiterentwickeln

Stadtentwicklung ist als übergreifendes Politikfeld von grundlegender Bedeutung für die „wachsende Stadt“ Bremen bzw. Bremerhaven. Die Komplexität von Entwicklungsprojekten und Eigentumsverhältnissen macht es notwendig, dass verschiedene Behörden/Ressorts zunehmend miteinander zu vernetzen sind. Projektbezogene Entwicklungsgesellschaften vollziehen diesen Schritt ansatzweise. Die Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft sollte vertieft diskutiert werden. Eine aktive kommunale Bodenpolitik bzw. Bodenbevorratung ist als wesentliches Element von Stadtentwicklungspolitik auszubauen.

WIR FRAGEN SIE:

Wie stellen Sie sicher, dass die Entwicklung von Quartieren laufend evaluiert wird und die Entwicklungskonzepte einer laufenden Fortschreibung unterliegen – anders als beispielsweise die aktuelle verkehrliche Anbindung der Überseestadt? Welche Ziele verfolgen Sie in der Bodenpolitik, wie kann anlassbezogen das Ressortprinzip weiterentwickelt werden?

2. Baukultur als Standortfaktor etablieren - Projekt „IBA Bremen“ angehen, b.zb stärken

Die gebaute Umwelt ist wesentlicher Bestandteil der Identität Bremens und Bremerhavens und dabei gleichzeitig ein fließender Prozess. Die historische (Weltkulturerbe!) und zukünftige (Innenverdichtung, neue Stadtquartiere, Konversionsflächen) Entwicklung von Bauten jeglicher Art ist Standortfaktor für Unternehmen und Menschen bei der Ansiedlungsfrage. Das Bremer Zentrum für Baukultur (b.zb) ist Ort des Diskurses, es begleitet und dokumentiert diese Prozesse rückblickend, aktuell und vorausschauend. Das b.zb ist in diesem Kontext institutionell zu stärken. Die Durchführung einer Internationalen Bauausstellung (IBA) im Land Bremen bietet zudem die historische Chance, ganzheitliche, innovative Stadt- und Regionalentwicklung umzusetzen und nach außen zu dokumentieren. Zudem entsteht Baukultur auch über Verfahrenskultur – die konsequente Anwendung der Bremer Erklärung zur Sicherung und Qualifizierung der Baukultur in Bremen ist sicherzustellen.

WIR FRAGEN SIE:

*Wie wollen Sie die Durchführung einer IBA im Land Bremen umsetzen?
Werden Sie sich für eine inhaltliche und materielle Stärkung des Bremer Zentrums für Baukultur einsetzen?*

3. Beteiligung der Öffentlichkeit strukturieren

Im Rahmen von Stadtentwicklung und konkreten Bauvorhaben spielt die Beteiligung der Öffentlichkeit eine zunehmende Rolle. Das Spannungsfeld zwischen der konstruktiven Mitwirkung/des Hebens lokalen Wissens und der Vertretung von Partikularinteressen ist zu lösen, um Entwicklungsprojekte und Infrastrukturmaßnahmen zukünftig in angemessener Zeit umsetzen zu können. Ortsbeiräte sind ein wichtiger Akteur im Beteiligungsprozess. Ihre Rolle ist dabei so zu gestalten, dass in die Stadtteile wirkende Maßnahmen konstruktiv begleitet werden können.

WIR FRAGEN SIE:

Wie wollen Sie zukünftig eine geordnete, vorhabenunterstützende Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Beiräten organisieren und dafür sorgen, dass das Gemeinwohl ausschlaggebendes Kriterium bleibt?

4. Öffentliches Bauen - Qualität sichern, Effizienz steigern

Der Bedarf an öffentlichen Bauten, insbesondere im Bildungsbereich, ist immens. Kosten und Zeit sind wesentliche Faktoren, jedoch darf der Qualitätsaspekt nicht ins Hintertreffen geraten. Dies gilt auch für planende Generalunternehmer und öffentlich-private Partnerschaften oder aber serielles Bauen. Die Trennung von Planung und Ausführung hat sich grundsätzlich bewährt, da die öffentliche Hand über alle Planungs- und Realisierungsphasen die Rolle als verantwortlicher Bauherr in der Hand behält und die Qualitäten des Bauwerks selbst bestimmt. Die Qualität des öffentlichen Bauens kann nur über optimierte Verwaltungsabläufe und unabhängige Planungsabläufe erreicht werden. Mit einer weitreichenden Entschlackung der Vorgaben für das Öffentliche Bauen (RL-Bau) kann zudem eine wirkliche Beschleunigung des öffentlichen Bauens gelingen.

WIR FRAGEN SIE:

Welche konkreten Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Effizienz des Öffentlichen Bauens zu steigern und gleichzeitig die dauerhafte Qualität zu sichern?

5. Fachkräftemangel angehen – Hochschulen in Bremen ausreichend ausstatten

Auf einen arbeitssuchenden Bauingenieur oder Architekten kommen in Bremen und Niedersachsen statistisch 6 offene Stellen – der Fachkräftemangel in der Region ist immens. Dies weiß auch die öffentliche Hand als Arbeitgeber und Vorhabenträger. Entscheidend für die Abmilderung dieses Zustands ist, die eigene Nachwuchsarbeit zu stärken, hinreichend attraktive Studienplätze auch für berufsqualifizierende Masterstudiengänge bereitzustellen und existierende Standortnachteile in der Konkurrenz um kluge Köpfe abzubauen. Hierzu zählt beispielsweise die Tatsache, dass die Besoldung einer W2-Professur in Bremen signifikant unter der entsprechenden Besoldung anderer Bundesländer liegt. Offene Lehrstühle können häufig nicht oder nur zeitverzögert besetzt werden. Die Verbesserung des Betreuungsschlüssels und der Ausstattung ist dringend notwendig.

WIR FRAGEN SIE:

Wie wollen Sie den Hochschulstandort Bremen für kluge Köpfe (Lehrende wie Studierende) weiter attraktivieren und sicherstellen, dass neuen Herausforderungen, die in Folge der Digitalisierung und steigenden Komplexität der Berufsfelder entstehen, durch entsprechend qualifizierte Stellenbesetzungen begegnet werden kann?

6. Digitalisierung im Bauwesen umsetzen

Der Transformationsprozess zur digitalen Gesellschaft verändert auch das Planungs- und Bauwesen. Digitalisierungsprozesse verändern zunehmend auch das Verwaltungshandeln. Der digitale Bauantrag ist eine Chance, Verwaltungsprozesse effizienter und transparenter zu gestalten. Als neue Methode für die Planung, die Herstellung und den Betrieb von Bauwerken ist Building Information Modeling (BIM) die Fortschreibung der Digitalisierung in der Wertschöpfungskette Bau. Damit die möglichen Potenziale dieser Methode zu besseren Prozessen führen können, müssen die Planer, Bauherren und Verwaltung die Voraussetzungen schaffen. Intensive Abstimmungsprozesse mit allen an Bau- und Planungsprozessen Beteiligten sind zu führen, damit auch kleinere und mittelgroße Planungsbüros zukünftig öffentliche Aufträge in Open-BIM-Systemen bearbeiten können.

WIR FRAGEN SIE:

Wie stehen Sie zur Digitalisierung in der Wertschöpfungskette Bau, insbesondere unter dem Stichwort BIM? Wann werden Sie den digitalen Bauantrag einführen? Wie wollen Sie den weiteren Ausbau leistungsfähiger Datennetze voranbringen?

7. Klimawandel sachgerecht angehen – neue Wege zur Bemessung der ökologischen Nachhaltigkeit von Bauwerken und Stadtquartieren gehen

Die Planerschaft Bremens bekennt sich ausdrücklich zur Notwendigkeit, den Klimawandel auch über neue Wege im Gebäudesektor anzugehen. Land und Stadtgemeinde Bremen wollen mit der Richtlinie „Energetische Anforderungen an den Neubau und die Sanierung von öffentlichen Gebäuden der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde)“ hier als öffentlicher Bauherr vorangehen. Das Abstellen auf den hinlänglich bekannten Passivhausstandard greift allerdings wesentlich zu kurz und führt in der Praxis zu ineffizientem Ressourceneinsatz. Theoretische Verbrauchsberechnungen (ohne Beachtung von Nutzererwartungen und Nutzerverhalten), expansive Verwendung von Dämmstoffen (deren Herstellung und Entsorgung nicht in die Energiebilanz einbezogen werden) sowie der Bezugspunkt „Einzelgebäude“ (ohne den Blick auf das Ensemble/das Quartier) sind nicht in jedem Fall nachhaltig. Lebenszyklusbetrachtungen, die die graue Energie von Baustoffen einbeziehen, führen auf lange Sicht zu valideren Maßstäben zur Bewertung der Klimafreundlichkeit von Gebäuden. Weiterhin muss seit der Klimaschutznovelle 2011 im BauGB nicht nur die Bauplanung, sondern auch die Stadtplanung insgesamt dem Klimaschutz und der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels gerecht werden. Hierzu hat die Bundesregierung in 2017 das „Weißbuch Stadtgrün“ beschlossen.

WIR FRAGEN SIE:

*Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um eine nachhaltig klimaschonende Stadtentwicklung in Bremen und auf Bundesebene weiter voranzubringen?
Wollen Sie am verpflichtenden Passivhausstandard für öffentliche Gebäude in Bremen festhalten?*

8. Neue Mobilität in Bremen und Bremerhaven umsetzen

Neben dem Umbau der autogerechten in die menschengerechte Stadt, die alle Verkehrsarten – ausdrücklich auch Fußgänger und Radfahrer - mindestens gleichrangig berücksichtigt, sind auch neue Mobilitätsformen beschlossene Sache. Bereits im Koalitionsvertrag von 2015 sind Meilensteine dieses Wandels ausgewiesen. Vieles ist aber noch nicht oder nur unzureichend umgesetzt, wie der als zentrales Ziel der Verkehrspolitik ausgewiesene Ringschluss der A281 und die Umsetzung des weiteren Ausbaus der Straßenbahnlinien 1 und 8 in Huchting. Zu dem Verkehrsentwicklungsplan (VEP) aus dem Jahr 2015 gibt es keinen konkreten Umsetzungsplan.

Die Organisation des ruhenden Verkehrs sollte konzeptionell auf quartiersbezogene Anforderungen abgestellt und von einzelnen Baumaßnahmen abgekoppelt werden, da sie diese teilweise unnötig verteuern. Die Stellplatzortsgesetze in Bremen und Bremerhaven sind ordnungspolitisch fragwürdig und sollten in ihrer jetzigen Form abgeschafft werden.

WIR FRAGEN SIE:

Welche Umsetzungshorizonte hat Bremen für die konkreten, bereits beschlossenen Projekte zu erwarten? Welche Projektfelder des VEP werden für eine zeitnahe Umsetzung priorisiert verfolgt? Sind die Stellplatzortsgesetze dazu geeignet, quartiersbezogen dauerhaft für eine anforderungsgerechte Organisation des Parkens zu sorgen?

9. Umsetzungskultur etablieren - Verkehrsentwicklungsplan, Innenstadtkonzept, Zukunftskommission sukzessive abarbeiten und laufend fortschreiben

In Bremen und Bremerhaven existiert kein Ideendefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit. Vergangene wie aktuelle Prozesse bieten eine Vielzahl an zukunftsweisenden Maßnahmen, die nicht oder nur zögerlich umgesetzt werden. Die Innenstadtentwicklung, der Ausbau Bremens als Fahrradstadt oder die fußläufige Anbindung der Innenstadt an die Schlachte/Rückbau der Martinistraße sind exemplarische Beispiele. Das Kostenargument überzeugt nur bedingt, auch kleinere Maßnahmen können Großes bewirken.

WIR FRAGEN SIE:

Wie wollen Sie erreichen, dass zukünftig der politische Wille durch alle Verwaltungsebenen konsequent umgesetzt wird? Bedarf es einer Um- / Neustrukturierung der Verwaltungszuschnitte oder der Schaffung einer Stadtentwicklungsgesellschaft? Wie wollen Sie gewährleisten, dass alle zur Verfügung stehenden Fördermittel zukünftig genutzt werden?

10. Servicequalität in der Bauverwaltung weiter verbessern

Die Bearbeitungszeit und Abstimmungsprozesse rund um Anträge auf Baugenehmigung laufen trotz allseitiger Bemühungen nicht immer effizient. Die Stadt braucht jedoch eine funktionierende, ergebnisorientiert arbeitende Bauverwaltung. Investitionswillige Unternehmen dürfen nicht ins Umland abwandern, nur weil dort die Baugenehmigung innerhalb von wenigen Wochen vorliegt. Auch kleinere Baumaßnahmen wie Sanierungen von Bestandsbauten oder Dachgeschossausbauten führen zu einer Wohnraumerweiterung, die in angemessener Zeit einer Baugenehmigung bedürfen. Wir regen an, die Bauverwaltung und damit verbundenen Verwaltungsstrukturen, die unmittelbar mit konkreten Bauvorhaben befasst sind, in eine prozessorientierte, dem Dialog und Servicegedanken verpflichtete Verwaltungsstruktur mit hinreichend technisch fundierter Kapazität weiterzuentwickeln.

WIR FRAGEN SIE:

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um Baugenehmigungsverfahren zu beschleunigen und ein qualitäts- und ergebnisorientiertes Verwaltungshandeln in allen baubezogenen Fragen zu erreichen? Was halten Sie von einer Servicegarantie, wie sie im Landkreis Osterholz gewährt wird?

11. Freiberufliche Leistungen wertschätzen, Leistungswettbewerb stärken

Freiberuflich tätige Planerinnen und Planer leisten einen erheblichen Beitrag zur Lösung der baulichen Herausforderungen von heute. Dabei ist die Struktur der Branche überwiegend klein und mittelständisch geprägt. Die Ausgestaltung und praktische Anwendung des Vergaberechts muss dieser Struktur Rechnung tragen. Planerinnen und Planer konkurrieren über Ideen und Lösungsansätze miteinander um Aufträge, im sicherheits- und umweltrelevanten Bereich „Bauen“ kann nicht das Geld das einzige Argument für die Vergabe eines Auftrags sein. Auskömmliche Honorare sind der Grundstein für technisch und ästhetisch beste Lösungen, sind aber bei Leistungen außerhalb der verbindlichen Honorarordnung auch bei öffentlichen Aufträgen oft nicht zu erzielen. Architektenkammer Bremen und Ingenieurkammer Bremen haben Empfehlungen für Mindest-Stundensätze ihrer Mitglieder entwickelt, die alsbald Mindeststandard für öffentliche Planungsaufträge werden sollten (analog zu Baden-Württemberg).

WIR FRAGEN SIE:

Wie werden Sie sicherstellen, dass auch in kleinen Einheiten organisierte Freiberufler Auftragnehmer der öffentlichen Hand werden können? Werden Sie mit den Berufsständen Mindestvorgaben für Stundensätze bei öffentlichen Aufträgen vereinbaren?